



[B] Artikel drucken

[x] Fenster schließen

Resolution für die Sulm

Gegner der geplanten Kraftwerke an der Schwarzen Sulm wurden im Büro von Landesrat Wegscheider vorstellig. Tenor: "Positives Gespräch".

ROBERT LENHARD

Die nach wie vor ausständige Entscheidung über die Erteilung einer naturschutzrechtlichen Genehmigung für den Bau zweier Kraftwerke an der Schwarzen Sulm bei Schwanberg (die *Kleine Zeitung* berichtete) hat die Projekt-Gegner neuerlich auf den Plan gerufen.

Gestern überreichten der WWF und der "Arbeitskreis zum Schutz der Koralpe" dem Büro von Naturschutzlandesrat Manfred Wegscheider eine Resolution gegen dieses und ein ähnliches Projekt an der Koppentraun bei Bad Aussee. Darin fordern die Naturschützer den Landesrat auf, beide steirischen Flüsse zu Naturdenkmälern zu erklären und den Bau der geplanten Kraftwerke zu verhindern. "Schwarze Sulm und Koppentraun genießen höchste Schutzpriorität, Kraftwerke sind mit dem Erhalt dieser Naturjuwele unvereinbar", appellierte WWF-Wasserexperte Arno Mohl.

Strategische Vorteile

Warum die Kraftwerk-Gegner so versessen auf den Status eines Naturdenkmals drängen, erklärt Arbeitskreis-Obmann Franz Zirngast: "Dann würden die Konsenswerber nämlich ihre Parteistellung verlieren und das Projekt wäre praktisch gestorben." Dazu müsse der Landesrat einen Auftrag an die zuständige BH erteilen. "Bei der BH Deutschlandsberg haben wir schon 1999 einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, der dann aber von zwei Bürgermeistern abgelehnt wurde. Seitdem ist das ganze etwas eingeschlafen", so Zirngast.

Das Gespräch mit Wegscheiders Büro bezeichnet Zirngast jedenfalls als sehr positiv. "Wir haben den Vertretern zusätzlich eine Mappe voller Informationsmaterial über die Schwarze Sulm sowie einen bemalten Sulm-Stein übergeben." Und Mohl ergänzt: "Nun liegt es an Landesrat Wegscheider, die Weichen für die Rettung dieser Flussheiligtümer zu stellen." Dessen Pressereferentin Jutta Heger übt sich jedoch in Zurückhaltung: "In ein laufendes Verfahren dürfen wir nicht eingreifen. Unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen wird von unserer Seite dennoch Unterstützung kommen."